



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 896 890

P/XIV/257 - 11. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Kurz und bündig de Gaulle bestätigt seine frühere Äusserung zur Oder-Weisse-Linie	42
2 - 4	Spanien und die NATO Ein aufschlussreicher Briefwechsel zwischen den Bundestagsabgeordneten Dr. Walter Menzel und Dr. Richard Jaeger	102
5	Nehru siebzig Jahre Von Heinz Futarath	41
6	Finnland und die Gruppe der Sieben Zur Tagung des Nordischen Rates	44
7	Gegen alle politische Vernunft Europa verspielt seinen Kredit in Afrika	55

* * *

* *

Kurz und bündig

sp - Staatspräsident de Gaulle hat in seiner Pressekonferenz am Dienstag keinen Zweifel darüber gelassen, dass er seine im März dieses Jahres bereits abgegebene Erklärung zur Oder-Neisse-Linie aufrecht erhält. Damals hatte de Gaulle wörtlich gesagt:

"Die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands zu einem einzigen Staatsgebilde, das vollständig frei würde, erscheint uns als das normale Schicksal des deutschen Volkes, vorausgesetzt dass die augenblicklichen Grenzen im Osten, Westen, Norden und Süden nicht in Frage gestellt werden und dass das wiedervereinigte Deutschland geneigt ist, sich eines Tages einer vertraglichen Organisation ganz Europas für Zusammenarbeit, Freiheit und Frieden anzuschließen."

Am Dienstag nun, als er von einem deutschen Korrespondenten gebeten wurde, sich noch einmal zu diesem Problem zu äussern, verwies der französische Staatspräsident lediglich auf die damals abgegebene Erklärung. Dieser Hinweis war kurz und bündig, was besonders deswegen auffiel, weil de Gaulle andere an ihn gerichtete Fragen ausführlich beantwortete.

Die Situation dürfte also klar sein. Der Beschwichtigungsversuch von Bundesausserminister v. Brentano in der letzten aussenpolitischen Debatte des Bundestages richtet sich selbst.

War die Motive für de Gaulles Haltung richtig in sein Bild von der europäischen Führungsrolle Frankreichs in Europa einordnet, wird sich nicht wundern. Der französische Staatspräsident ist seit Monaten bemüht, Frankreichs Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten zu verbessern. Ein Erfolg hierbei dürfte ihm nur beschieden sein, wenn besonders die polnische Öffentlichkeit in der Hoffnung bestärkt wird, die Oder-Neisse-Linie sei "unabänderlich". Konsequenter hat de Gaulle bereits im März dieses Jahres das ihm im Interesse Frankreichs erscheinende Ziel angesteuert.

Auf der gleichen Linie liegt auch seine Einladung an Chruschtschow, dessen Besuch in Frankreich für die Zeit vom 15. bis Ende März nunmehr feststeht. Dadurch werden die übrigen Westmächte veranlasst, den Termin für die Gipfelkonferenz hinauszuschieben, da de Gaulle ausdrücklich verkündet hat - ganz offenbar im Einverständnis mit Chruschtschow - er wolle vor dem Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten allein sprechen.

Umso dringender erweist sich eine neue aussenpolitische Debatte im Bundestag, die nach den Fraktionsberatungen dieser Woche voraussichtlich im Januar stattfinden wird. Hierbei müsste unter anderem auch festgestellt werden, wie Dr. Adenauer den Widerspruch aufzuklären gedenkt, der sich aus den Bagatellisierungsversuchen seines Ausserministers in der letzten aussenpolitischen Debatte und der nochmaligen Bekräftigung de Gaulles zur Stellungnahme in der Frage der Oder-Neisse-Linie ergibt.

Spanien und die NATO

sp - Der Druck auf die deutsche Öffentlichkeit, sich mit der Aufnahme Franco-Spaniens in die NATO abzufinden, wird immer stärker. Es sind die gleichen Kreise, die auf den internationalen Kongressen des Europäischen Dokumentationszentrums im Escorial, dem alten Königssitz bei Madrid, eine allgemeine europäische Restauration, zumindest nach dem Vorbild Salazars, vielleicht sogar noch mehr, erhoffen. In diesem Zusammenhang interessiert ein Briefwechsel des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Dr. Walter Menzel mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Jaeger (CDU). Dr. Jäger ist einer der Eifrigsten, der diese Restauration vorantreiben möchte.

Sehr geehrter Herr Dr. Jaeger!

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" vom 29.9.59 brachte auf Seite 7 die Nachricht, daß Sie sich auf dem 8. Internationalen Kongreß des Europäischen Dokumentationszentrums in Escorial bei Madrid für die Aufnahme Spaniens in die NATO eingesetzt hätten. Ich weiß nicht, ob diese Nachricht zutrifft, darf Sie aber auf folgendes hinweisen. Die Teilnehmer des Nordatlantikvertrages haben sich verpflichtet,

'die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechtes beruhen, zu gewährleisten'.

Demgegenüber liegt seit einiger Zeit das "Bulletin der Internationalen Juristen-Kommission" Nr. 8 vom März 1959 vor, in dem auf den Seiten 21 ff. erdrückendes Material gegen den Spanischen Staat und auf dem Gebiet der Justiz, insbesondere der Strafrechtspolitik, der Öffentlichkeit mitgeteilt wird.

Bei der Internationalen Juristenkommission handelt es sich um ein Organ der UNO, so daß über die Sorgfalt der Untersuchungen und die Abgewogenheit des Urteils über die Zustände in Spanien kaum ein Zweifel bestehen kann.

Die Juristen-Kommission stellt fest, daß

1. in Spanien die Zusage des freien Geleits gebrochen wurde, es

2. eine Habeas corpus Akte oder etwas ähnliches in Spanien nicht gebe,
3. bei Vernehmungen mit politischem Hintergrund die Verhöre "häufig unter Anwendung brutalster Mittel" geschehen,
4. die Verhaftung aus politischen Gründen, auch im Falle des Freispruches, den Verlust von Arbeit und jeglicher öffentlicher Unterstützung mit sich bringt,
5. der spanische Ein-Parteien-Staat dadurch gestützt werde, daß "die Mitgliedschaft bei einer anderen Partei als der Falange als Verbrechen gilt.

Glauben Sie, daß Sie bei diesem Sachverhalt Ihren Vorschlag, Spanien in die NATO aufzunehmen, aufrecht erhalten können? Ein Staat, der solches Unrecht sanktioniert, kann wohl kaum als ein Garant der Freiheit und der Demokratie angesehen werden.

Glauben Sie nicht auch, daß der Westen, wenn er schon gegen derartige Zustände nichts unternehmen kann, nicht an Glaubwürdigkeit in seinem Kampf gegen die Unfreiheit im Osten verliert, wenn er solche Zustände nicht nur gut heißt, sondern einen solchen Staat auch für würdig hält, in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens aufgenommen zu werden?

Mit vorzüglicher Hochachtung!

W. Menzel.

Herr Dr. Jaeger antwortete unter dem 12. Oktober folgendes:

Sehr geehrter Herr Dr. Menzel!

Für Ihren liebenswürdigen Brief vom 8. Oktober 1959 darf ich danken. Ich habe mich über ihn gefreut, weil Sie die bedeutsame Frage der Aufnahme Spaniens in die NATO, wenn auch bei gegensätzlicher Schlußfolgerung, mit dem gleichen Ernst behandeln wie ich, und auch deshalb, weil Sie mich auf die Feststellung der Internationalen Juristenkommission hinweisen, die mir bisher unbekannt war. Ich werde sie mir sofort vorlegen lassen.

Von den fünf Tatsachen, die sie feststellt, ist mir ein Teil bekannt. Vor allem der wesentliche Punkt 2, nach dem eine hinreichende

Sicherung der Grundrechte zur Zeit nicht gegeben ist. Demgemäß ist allerdings ein Beitritt Spaniens zum Europarat noch nicht möglich. Ich glaube aber, man sollte seinen Beitritt zur NATO nicht mit anderen Maßstäben messen als den zur Interparlamentarischen Union oder zur OEEC. Vor allem aber: was unterscheidet eigentlich Portugal von Spanien? Ihre Partei hat doch seinerzeit alle nur denkbaren Gründe, die gegen einen Beitritt zur NATO sprechen, vorgebracht. Der Mangel des demokratischen Staatscharakters Portugals wurde jedoch nicht aufgeführt. Was aber Portugal recht ist, dürfte Spanien billig sein.

Sicherlich haben Sie heute den Artikel von Bruno Dechamps "Spanien und die NATO" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gelesen. Ich glaube, daß hier die Problematik klar gesehen wird; vor allem den vorletzten Absatz möchte ich Ihrer besonderen Beachtung empfehlen. Es würde mich sehr freuen, wenn ich Gelegenheit hätte, mich einmal mit Ihnen über die dort angedeuteten Gedanken auf Grund meiner eigenen Erfahrungen - ich war nun zum sechsten Mal in Spanien - unterhalten zu können.

Mit kollegialen Grüßen
Ihr ergebener Jaeger.

Herr Dr. Jaeger hat seinen Vorstoß zu Gunsten Franco-Spaniens durch einen Artikel im "Rheinischen Merkur" unter dem 30.10. wiederholt und dabei die innerpolitischen Zustände Spaniens mit der Ausflucht zu bagatellisieren versucht: Spanien sei keine Diktatur, sondern nur ein autoritärer Staat. Die Internationale Juristen-Kommission der UNO hat einwandfrei festgestellt, daß Franco-Spanien die rechtlichen Grundsätze, wie sie in der westlichen und freien Welt allgemein anerkannt werden, und deren Verteidigung die NATO übernommen habe, nicht respektiert. Gerade die Mißachtung der allgemeinen Menschenrechte, wie es in Spanien geschieht, ist das Kennzeichen von Diktaturen.

Wenn Herr Dr. Jaeger glaubt, darauf hinweisen zu müssen, die Sozialdemokratie habe nichts gegen den Eintritt Portugals in die NATO eingewandt, so ist das zu billig und zeugt von der Schwachheit seiner Argumente. Dr. Jaeger übersieht geflissentlich, daß die Weigerung der Sozialdemokratie vor allem auf die Lage des gespaltenen Deutschlands und die Verewigung dieser Spaltung durch die Eingliederung eines Teils Deutschlands in die NATO zurückging. Heute, Jahre nach dem Beitritt der Bundesrepublik in die NATO wissen wir, wie recht die Sozialdemokratie hatte.

M e h r u siebenzig Jahre

Von Heinz Putzrath

Am 14. November wird der indische Ministerpräsident Nehru siebenzig Jahre alt. Sein Platz in der Geschichte der Völker als einer der großen Staatsmänner dieses Jahrhunderts ist unbestritten. Ein harter Weg hat ihn an die Spitze seines Volkes gestellt. Frühzeitig schon nahm er an Indiens Befreiungskampf gegen die britische Kolonialmacht teil. Doch erst seit der Staatsgründung im Jahre 1947 wurde er das sichtbare Symbol des jungen Staates. Die vielfältigsten Einflüsse haben diesen Mann geprägt. Er ist das Produkt sowohl der exklusiven britischen Universitäten als auch der vielen Leidensjahre, die er im Gefängnis wegen seiner politischen Tätigkeit zubringen mußte.

Die gigantische Aufgabe, ein Volk von fast 400 Millionen mit seinen mannigfaltigsten Sekten, Kasten und Sprachgruppen zu vereinen und zusammenzuhalten, ist nicht in einer Generation zu lösen; und doch hat Nehru jetzt schon dem indischen Volk seinen sehr persönlichen Stempel aufgedrückt. Er hat der Versuchung widerstanden, den Hinduismus zur Staatsreligion zu machen und bewuszt einen säkularsten Staat geschaffen. Damit wurde das Verbleiben von 40 Millionen Moslems in Indien trotz der Teilung des Landes möglich. Es ist ihm gelungen, seine Auffassung vom demokratischen Sozialismus durchzusetzen, als die für Indien gemässe Ordnung, obwohl ihm viele Freunde dazu rieten, diesen Weg zu verlassen. Den Verlockungen des Kommunismus hat er seine eigenen Auffassungen von den Werten menschlicher Freiheit in demokratischen Sinn entgegengesetzt.

Kur die Zügellosigkeit im Kalten Krieg und die Kurzsichtigkeit einiger westlicher Staatsmänner vermochten, Nehrus "Neutralismus" als ideologische Aufweichung zu betrachten. Sie haben damit das neue Indien unter Nehrus Führung völlig mißverstanden und einen unnötigen Wall zwischen diesem Land und den freien Völkern errichtet. Seine Politik der Überwindung der Blöcke hat bisher dazu geführt, dass trotz der militärischen Schwäche des Landes, Indien eine vermittelnde Rolle zwischen den Nationen spielen konnte. Seine Aufgeschlossenheit gegenüber den Erfordernissen des 20. Jahrhunderts trägt dazu bei, aus einem der rückständigsten und am längsten besetzten Länder der Erde einen Staat zu formen, in den nunmehr auch der technische Fortschritt seinen notwendigen Platz zu finden beginnt.

Dies alles hat nicht Indiens Schwierigkeiten bei der Lösung seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme auf einen Schlag überwinden können. Aber wenn ein einzelner Mensch etwas dazu beigetragen hat, dass heute dem Aufbau und Friedenswillen des indischen Volkes die Sympathie der Welt entgegengebracht werden, dann ist das Nehrus Verdienst. Niemand kann ihm diese Leistung streitig machen.

+ + +

Finnland und die Gruppe der Sieben

zu. - Anfang November sind im schwedischen Reichstag in Stockholm die Vertreter des Nordischen Rates zu ihrer siebenten Tagung seit dem Zusammenschluss der Skandinavier im Februar 1953 zusammengetreten. Dem Nordischen Rat gehören je 16 Abgeordnete des Reichstags, des dänischen Folketings, des norwegischen Stortings, des finnischen Parlaments und fünf Mitglieder des isländischen Alltings an. An der Tagung nahmen ausserdem 30 Minister aus den fünf Staaten teil, ohne dass sie jedoch Stimmrecht besitzen.

Die diesjährige Tagung des Nordischen Rates stand im Zeichen eines der schwierigsten Probleme, die man in Skandinavien zu bewältigen hat, nämlich der Bildung der Kleinen Freihandelszone, zu der Island und Finnland nicht, aber Grossbritannien, Portugal, die Schweiz und Österreich gehören werden. Es kommt dem Nordischen Rat jetzt darauf an, Elemente der früher entwickelten nordischen Zollunion vor allem zum Vorteil Finnlands, aber auch Islands so in die Kleine Freihandelszone einzufügen, dass das von den nichtnordischen Ländern akzeptiert wird. Dabei geht es vor allen Dingen darum, Finnland so an die Kleine Freihandelszone heranzuführen, dass seine Wirtschaft auch nach dem Westen ausbalanciert wird, ohne dass dadurch Störungen beim Wirtschaftsgeschehen mit Sowjetrussland eintreten. In Finnland ist diese Absicht sofort begrüsst worden. Das geschah mit dem Hinweis, man sei vor allem an schwedischem Kapital interessiert um in Finnland eine Exportindustrie zu errichten, die auf die Bedürfnisse des Westens abgestellt ist.

Es ist oft beklagt worden, dass im skandinavischen Norden manches so schleppend vor sich geht. Dennoch können die Skandinavier mit ihrem Nordischen Rat auf Leistungen hinweisen, die für andere Länder vorbildlich sind. Die Anregung zur Bildung des Nordischen Rates, der sich vor zehn Jahren konstituierte, wurde von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft, dem dänischen Regierungschef gegeben. Er wünschte den Nordischen Rat, um ökonomische, kulturelle und soziale Fragen der Skandinavier zu einer Zusammenarbeit zu bringen. Inzwischen gehören die Passunion und der gemeinsame Arbeitsmarkt zum Alltag im Norden. Der Nordische Rat hat es jetzt ermöglicht, dass die Skandinavier gemeinsam an die Entwicklung atomgetriebener Frachtschiffe herangehen.

Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass ursprünglich daran gedacht war, ein gemeinsames Verteidigungsbündnis der Skandinavier ausserhalb der Machtblöcke zu bilden. Die Diskussion um diese Frage ist nie ganz erloschen. Sie wird gerade jetzt wieder akut, nachdem man das totalitäre Spanien in die NATO hineinführen möchte, einer NATO, von der man im Norden gewünscht hätte, sie wäre mehr auf die in ihren Statuten verankerten Gemeinsamkeiten der kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben eingegangen.

Gegen alle politische Vernunft

ler. Zwei mächtige Kräfte sind wirksam, um Afrika Europa zu entfremden. Man spricht heute sehr viel von der Notwendigkeit, dem entwicklungs-fähigen afrikanischen Kontinent und seinen Völkern beizustehen in seinen Bemühungen, jahrhundertalte Rückständigkeit zu überwinden und den Anschluss an das moderne Industriezeitalter zu gewinnen. Die ganze Hilfe für Afrika, die gegenwärtige und noch zu leistende, steht unter dem Aspekt, hier der Sowjetunion nicht ausschliesslich das Feld zu überlassen. Der Kampf um Afrika und um die Gewinnung der Sympathien seiner mit dynamischer Wucht aufstrebenden Völker ist ein Teil der Auseinandersetzung zwischen West und Ost, der freilich auch dann noch geführt werden müsste, wenn es diese Auseinandersetzung nicht gäbe. Keine Macht der Erde ist in der Lage, den Drang dieser Völker nach innerer und äusserer Freiheit und nach Abschüttelung jeder Art von Kolonialherrschaft auf die Dauer zu hemmen oder gar zu stoppen. Politische Klugheit und auch eigene Interessen verlangen gerade von Europäern, bei der Entwicklung dieses Kontinents zu politischer und wirtschaftlicher Reife helfend Pate zu stehen. Es kann für Europa nicht gleichgültig sein, wohin sich die Sympathien dieser Völker wenden und in welcher Form, in evolutionärer oder revolutionärer, sich die Persönlichkeitsbildung dieses Kontinentes vollzieht.

Wird dies überall begriffen? Leider nicht. Frankreich ist dabei, sich in Afrika alle Sympathien zu verschmerzen. Sein Algerienkrieg belastet seine Beziehungen zu den afrikanischen Völkern ohnehin schwer genug, seine beabsichtigte Atombombenexplosion in der Wüste Sahara muss ihm den ganzen Kontinent entfremden. Das kann dem übrigen Europa nicht gleichgültig sein. In geradezu beschwörenden Worten suchten bei der letzten UNO-Debatte über die französische Atombombe die Vertreter Indiens, Jugoslawiens und Tunesiens Frankreich zu bewegen, von dieser Atombombenexplosion Abstand zu nehmen, denn Frankreich würde damit die ungeheure Verantwortung auf sich nehmen, die Entwicklung zu sabotieren, die mit der einstimmigen Annahme der Abrüstungsentschliessung in den Vereinten Nationen eingeleitet worden ist. Das Frankreich de Gaulles, verblendet von Prestigesucht, schlägt jedoch alle diese Mahnungen in den Wind, es legt mit dieser bevorstehenden Atombombenexplosion in Afrika ein Pulverfass an, das die Leidenschaften dieses Kontinents zur Siedehitze aufpeitschen wird.

Neben Frankreich ist es die anti-zivilisatorische, der Humanität Hohn sprechende, das Weltgewissen herausfordernde Rassenpolitik der Südafrikanischen Union, die den Namen des weissen Mannes bei 200 Millionen Afrikanern in Verruf bringt und schrecklichen Hass aufspeichert. Auch die südafrikanische Regierung stellt sich unter Berufung auf ihre Souveränität taub gegen alle Appelle der Vereinten Nationen, die Rassenpolitik zu revidieren und unveräusserlichen Menschenrechten wieder Achtung zu geben. Wie lange werden sich Indien und die schwarzen Bewohner Afrikas, die Misshandlung ihrer Angehörigen durch die Südafrikanische Union noch gefallen lassen? Der Zeitpunkt mag nicht mehr allzu fern sein, wo auch an der Südspitze dieses Kontinents blutige Kämpfe zwischen den Rassen ausbrechen. Dies kündigen schon die sich immer mehr häufenden Scharmützel an.

Im Verhältnis zwischen Weissen und Farbigen, zwischen Europäern und Afrikanern sind die derzeitige Afrikapolitik der französischen Regierung und der durch nichts gerechtfertigte Rassenhochmut der Südafrikanischen Union - ein Hochmut, dem u.a. auch die Nürnberger Rassengesetze zum Vorbild dienen - eine schwere Hypothek. Sie noch zu vermehren, grenzt schon an Selbstverblendung. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel